

Sächsische Zeitung

1912. Nr. 143.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 205.

Druckerei für Halle und Querfurt 240 Mt. durch die Post bezogen 9/12 für das Vierteljahr. Die halbjährige Lieferung erfolgt wöchentlich postfrei. — Druckerei-Verlag: Sächsische Druckerei (inkl. Druckerei) in Unterhaltungsbüro (Sonntagsblatt), Bamberg, Mittelungen.

Zweite Ausgabe

Abgabegebühren für die halbjährliche Anzeigensätze oder deren Raum für Halle u. den Saalfeld 20 Mt., auswärts 20 Mt., darunter am Ende des halbjährlichen Zeitraums die halbjährliche Anzeigensätze bei der Expedition in Halle a. S. und bei allen anderen Anzeigensatzstellen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Reichenberg Straße Nr. 61 u. 62.
Telephon 155 u. 158; Redaktions-Telephon 1272.
Korrespondent: Dr. Walter Grottel in Halle a. S.

Sonntag, 24. März 1912.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 30.
Telephon Amt Anstalt Nr. 6290.
Zweite Ausgabe von C. F. Ziehe in Halle a. S.

Konservative Partei und Arbeiterstand.

Die konservative Partei hat den Schutz jeder rechtlichen Arbeit auf ihre Fahnen geschrieben: Nicht darum hat sie das getan, um den Dank der einzelnen Berufsstände zu ernten, sondern aus der Überzeugung heraus, daß nur ein zufriedenes Volk ein glückliches Volk sein kann. Sie möchte unsere schöne große Reichsmonarchie so freundlich ausstellen, daß sich jeder darin wohl fühlt. Natürlich haben wir — wie das Sprichwort sagt — hart im Kopfe die Köpfe: eine einstimmige Interessenspolitik ist darum nie nach dem Gesetze der konservativen Parteien gewesen. Jedem das Seine, dieser altpreussische Wahlspruch war für sie Regel und Richtschnur ihrer Wirtschaft- und Sozialpolitik. Solche politischen Grundzüge machten es der konservativen Partei aber zur besonderen Pflicht, ihre Fürsorge den wirtschaftlich schwachen Ständen gütlich werden zu lassen. Ihr Sinn für das praktisch Erreichbare hat sie daher benützt, eine unfruchtbar Politik zu betreiben.

Bei der letzten Reichstagswahl hat die Sozialdemokratie über 4 Millionen Stimmen auf ihre Kandidaten vereinigt. In keinem anderen Lande verfügt diese Partei über eine so große Anhängerzahl als bei uns in Deutschland. Das ist um so bemerklicher, als in keinem Lande der Welt auf dem Gebiete der Arbeiterfürsorge so viel geleistet wird, als bei uns. Man fragt sich mit Recht: Worin liegen die Ursachen dieser befremdlichen Erscheinung?

Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts setzte bekanntlich bei uns in Deutschland auf wirtschaftlichem Gebiete ein großer Umsturz ein. An die Stelle des handwerklichen Kleinbetriebs trat der industrielle Großbetrieb. Damit war das Schicksal tausender und aber tausender Handwerker besiegelt. Die verderblichen Folgen, die dieser Umsturz für das Handwerk zeitigte, wären weitestgehend gemildert worden, wenn damals der Liberalismus in falsch verstandenen „Spiel der freien Kämpfe“ nicht dem Handwerk seine Organisation genommen hätte, ohne etwas anderes an seine Stelle zu setzen. So sanken Tausende — allen Rücksichts beraubt — in den Stand der Weislosigkeit hinab. Damals prägte Karl Marx, der Vater der Sozialdemokratie, den Satz von dem Untergang des Kleinbetriebs und der „Verelendung der Massen“. Es läßt sich nicht bestreiten, daß diese Theorien damals einen hohen Grad von Wahrscheinlichkeit für sich hatten. Welche ein größtes Bild die Lage der Fabrikarbeiter in jener Zeit bot, dafür nur ein Beispiel: Im Jahre 1855 ertheilte der preussische Minister v. der Seydl den Fabrikinspektoren der Bezirke Düsseldorf, Aachen und Aachen eine Aufzählung. Nachdem diese Beamten die sozialen Verhältnisse unter den Fabrikarbeitern festgestellt hatten, brach der Minister in die Worte aus: „Wenn Ihre Berichte wahr sind, so mag doch lieber die ganze Industrie zugrunde gehen!“

Wie schon angedeutet, war damals unser ganzes Wirtschaftsleben beherrscht von dem Zorn des Mangelstums. Diese liberale Wirtschaftspolitik, die alles Sein in einer fast schrankenlosen persönlichen Freiheit auf allen Gebieten des Wirtschaftslebens erstreckte, hatte in der Praxis die — wenn auch ungewollte — Wirkung, daß der Starke über den Schwachen triumphierte.

Es war darum auch nicht weiter verwunderlich, wenn in den unteren Volksschichten die Zorn des Ferdinand a. Raffale und Karl Marx einen mächtigen Widerhall fanden. Ein falscher Liberalismus hat der Sozialdemokratie die Wege geebnet, er war nach Bismarcks Ausspruch die „Vorstufe der Sozialdemokratie“.

Schon in den 60er Jahren waren es konservative Männer, die gegen die verderblichen Klagen des Mangelstums in ihrem Sinne erhoben. In einem Vortrag, den Hermann Wagner im Jahre 1864 im „Preussischen Volksverein“ — so nannte sich damals die politische Organisation der Konservativen — hielt, führte dieser u. a. aus:

„Dann aber lassen Sie uns den Hauptnachdruck legen auf die Wiederherstellung des Familienlebens in den Arbeiterständen, auf Beschäftigung einer entsprechenden Arbeitszeit, auf Befestigung des Sonntags und insbesondere auf Verhinderung des industriellen Auswüchses an den Kindern der Arbeiter. Wenn soll sich entschließen folgende Aufgabe der Staatsregierung: Kontrolle der gesetzlichen Vorschriften, Anbahnung von Maßregeln, die es der Regierung ermöglichen, die Lohnfrage bei einem entsprechenden Streite zwischen Arbeitern und Arbeitgebern sachgemäß zu lösen, schließlich Einführung längerer Arbeitszeiten.“

Auch befürwortete Wagner warm das Koalitionsrecht für die Arbeiter. Im Norddeutschen Reichstag beantragte er und seine Freunde (1869) ein Verbot der Fabrikarbeit von Kindern unter 14 Jahren, die Einführung von Fabrikinspektoren, bessere Regelung der Sonntagsruhe, sowie gesetzliche Einführung eines zwölfstündigen Maximalarbeits-tages. (Die Arbeitszeit betrug damals in den meisten Fabriken 14—16 Stunden.)

Während der Liberalismus in jener Zeit den Arbeiterschaft ausschließlich auf den Weg der Selbsthilfe verwies, war man in der konservativen Partei der Überzeugung, daß dieser Weg allein nicht zum Ziele führt. Sie war davon durchdrungen, daß dem wirtschaftlich Schwachen der starke Arm der Gesetzgebung zu Hilfe kommen muß. Die „Kreuz-Zeitung“ schrieb im Jahre 1869 (Nr. 233): „Warum soll der Arbeiter nicht auch Hilfe vom Staate verlangen, soweit dieser in der Lage ist, solche Gewähren zu können, durch eine Gesetzgebung, welche den Arbeiter gegen Ausbeutung schützt, gegen die er lediglich auf Grund der Wechselwirkung von Angebot und Nachfrage seinen Schutz findet?“

Auch davon war man in der konservativen Partei stets durchdrungen, daß die sozialen Reformen von der Krone ausgehen müssen. Daß alles Königtum fortan nur ein leerer Schall oder eine Despotie oder untergeben in Republik wird, wenn es nicht den hohen christlichen Mut hat, ein Königtum der sozialen Reform zu werden, brachte schon eine programmatische Kundgebung vom Jahre 1856 zum Ausdruck.

Aus Vorstehendem geht unzweideutig hervor, daß es die Konservativen in der Wahrung der berechtigten Interessen des Arbeiterstandes ernst gemeint haben. Es ist etwas ganz Selbstverständliches, daß sie die von der Regierung inaugurierte Sozialpolitik — Arbeiterversicherungs- und Arbeiterunterstützungsgesetzgebung — in den 80er und 90er Jahren bis zur Verabschiedung der Reichsversicherungsordnung tatkräftig unterstützte; ja, ohne diese tatkräftige Unterstützung wäre eine Durchführung der sozialen Gesetzgebung gar nicht zu denken gewesen. „Ueberblickt man diese Leistungen sozialkonservativer Politik“ — so schreibt Professor Germer in seinem Buch „Die Arbeiterfrage“ — „so kann ihnen der Huld der Bewunderung nicht verweigert werden. Sie haben zwar die industrialistische Entwicklung nicht anhalten können, aber sie haben für die unteren und mittleren Klassen einen weit schonenderen Verlauf zustande gebracht. Deutschland hat einen relativ starken Mittelstand konzentriert, der durch die „innere Kolonisation“ noch verstärkt wird. Ueber diesen großen Ertragschichten ist aber die Förderung der arbeitenden Klassen im Wege von Arbeiterfürsorge und Arbeiterunterstützung keineswegs vernachlässigt worden. Und beide Aufgaben konnten bewältigt werden, ohne daß die wirtschaftliche Aufwärtsbewegung eine Einbuße erlitten hat.“

Wenn heute trotzdem noch der größte Teil der Arbeitermassen abseits von der konservativen Partei steht, so trägt daran im weitestgehenden die Verheerung der unteren Volksschichten durch die Sozialdemokratie viel. Sie hat — um nicht den Arbeit bei dem Arbeiterstand zu verlieren — ein Interesse daran, sich als alleinige Vertreterin der Arbeiterinteressen aufzuspielen. Das wird aber nur so lange währen, bis der Arbeiterstand das wahre Gesicht seiner vermeintlichen „Freunde“ erkennt. Die konservative Partei wird — und das ist doch schließlich die wirksamste Auffassung — getreu ihrer Vergangenheit, auch in Zukunft stets auf dem Plane sein, wo es gilt, die Interessen des Arbeiterstandes, soweit sie mit den Interessen der anderen Berufsstände in Einklang zu bringen sind, wirksam zu vertreten. Sie ist dazu um so mehr befähigt, als sie die soziale Frage nicht allein als eine wirtschaftliche betrachtet, sondern in viel höheren Grade als eine religiös-sittliche. Soll die Volkseele gefunden, so kann dies nur durch die Lebenskraft des Evangeliums geschehen, des Evangeliums, das den Wert der einzelnen Menschenseele höher einschätzt als den der ganzen Welt.

Zur Geschäftsordnung des preussischen Abgeordnetenhauses.

Um ein Bild von der Redefreit im Abgeordnetenhause zu geben, seien einige statistische Angaben nach einer privaten Zusammenstellung angeführt. In der Session 1911 füllten die Reden der Abgeordneten im offiziellen stenographischen Bericht insgesamt 6090 Spalten. Davon entfallen auf die Konservativen 933 Spalten, Freikonservern 537, Zentrum 1276, Nationalliberalen 968, Fortschrittler 1035, Polen 236, Sozialdemokraten 1086 und Dänen 19 Spalten. Wie man sieht, hält die Sozialdemokratie, die nur sechs Mitglieder zählt, mit 1086 den Rekord im Reden; denn auf jeden sozialdemokratischen Abgeordneten entfallen 181 Spalten, während es z. B. die 61 freikonservern Abgeordneten nur auf durchschnittlich 8,8 Spalten bringen. Die Sozialdemokraten haben sich Erfolge geleistet, die bis 42 Spalten füllten. Besonders gefürchtet ist die alljährliche Rede des Abgeordneten Dr. Nieckardt zum Zustizel; er kann den „Ruhm“ für sich in Anspruch nehmen, die längste Rede gehalten zu haben (3½ Stunden), die in der Geschichte des Landtages aufzuweisen ist. In diesem Jahre hat er sich offenbar große Beachtung verdient; denn diesmal hat er zu seinen Auslassungen über die preussische Rechtspflege „nur“ 2¼ Stunde gebraucht.

In anderen Ländern, so führt hierzu die „Deutsche Volkswirtschaftliche Korrespondenz“ aus, wird die Redefreiheit stark beschränkt. Die Vereinigten Staaten, deren Einrichtungen von der Linken mit besonderer Vorliebe als Muster angeführt werden, wenn es in ihrem Raum paßt, haben für ihr Repräsentantenhaus eine auffallend scharfe Geschäftsordnung eingeführt. Danach soll kein Mitglied in der Debatte über irgend eine Frage im Hause oder im Ausschuss mehr als eine Stunde in Anspruch nehmen, außer in besonders vorgehenden Fällen, d. h. mit besonderer Erlaubnis des Hauses oder als Antragsteller, der zweimal, beim Beginn und Schluß der Debatte, das Wort nehmen darf.

Eine scharfe Geschäftsordnung gilt auch im englischen Parlament, dessen Einrichtungen im Gegensatz zu den kontinentalen Parlamenten, die sich immer mehr und mehr zu Debattierclubs entwickeln, muerbigkeit zu nennen sind. Die gesamte Ordnungsgewalt im Hause liegt in der Hand des Speakers, der keiner Partei angehört und eine außerordentliche Autorität genießt. Wenn er sich erhebt, um zu sprechen, ist strengstes Stillschweigen Pflicht der Mitglieder. Der Speaker ist jederzeit befugt, die Debatte zu unterbrechen, wenn es sich darum handelt, Wiederholungen oder Nichtigkeiten, die ein Wieder vorbringen, zu verhindern, oder fernher muß der Sprecher Anträgen entgegenzutreten, die den geordneten Gang der Debatte stören könnten. Der Speaker ist ferner befugt, Verhaftungsbescheide gegen Weidwärtler zu verfügen. Die Mitglieder des Parlaments dürfen ihre Plätze während der Ausführungen des Speakers nicht verlassen. Mitglieder, die den Sprecher unterbrechen oder ihn nicht still anlassen, werden vom Hause zur Ordnung gerufen.

Eine außerordentlich wichtige und vorbildliche Einrichtung im englischen Parlament ist die der „Questions“. Diese „Anfragen“ an die Minister werden vor Beginn der Verhandlungen schriftlich gestellt und summarisch behandelt. Sie müssen kurz und präzis abgefaßt sein, und ebenso fällt die Antwort aus. Diese Anfragen erledigen das, was man bei uns Interpellationen nennt. Wie schon erwähnt ist hier der Geschäftsgang in den deutschen Parlamenten! Die Interpellation wird zunächst eingereicht und ausführlich begründet, dann antwortet der Minister darauf. Jetzt erst erfolgt die Beantwortung der Interpellation, die sich oft tagelang hinzieht, wobei sich schließlich die Medialität der Interpellation herausstellt. Das hat man auch im Reichstage anerkannt, dessen Geschäftsordnungskommission jetzt die Zulassung solcher Anfragen beschlossen hat. Leider will man aber auch hier nicht völlig reinen Tisch machen, sondern die Interpellation daneben noch beibehalten.

Auch sonst sind die englischen Parlamentsgewohnheiten im Vergleich zu den deutschen recht lehrreich. Die englischen Abgeordneten haben ihre Plätze einzunehmen und inne zu halten, sie dürfen nicht in den Gängen herumlaufen oder am Rednerpuls stehen. Das Haus ist mit Würde und Anstand zu betreten und zu verlassen. Man denke bei dieser so selbstverständlichen Bestimmung an die panikartige Flucht der Sozialdemokratie vor dem Ausbruch eines Kaiserhochs. Es ist ferner verboten, Wäcker, Zeitungen oder Briefe zur Unterhaltung zu lesen, auch ist Stillschweigen zu beobachten. Keine gibt es nicht; auch sind nicht so viel Plätze vorhanden, daß alle Mitglieder zu gleicher Zeit anwesend sein können. Die Folge davon ist, daß nur die Mitglieder, die ein direktes Interesse an der Verhandlung haben, im Saale verweilen. Dies steht im wohlthunenden Gegensatz zu den Gepflogenheiten anderer Parlamente, wo im Plenaritzungsstalle allerlei Privatgespräche und Privatgespräche erwidert werden, was natürlich dem Ansehen des Parlaments wenig förderlich ist. Wie man sieht, sind im englischen Parlament eine Reihe von Einrichtungen im Gebrauch, die wohl geeignet sind, die Geschäfte zu fördern und nutzloser und kostspieliger Zeitvergeudung entgegenzutreten.

Die Geschäftsordnungskommission des preussischen Abgeordnetenhauses hat zwar in der Session 1911 eine Reihe von Bestimmungen angenommen, die geeignet sind, die Ordnung im Hause aufrecht zu erhalten; dagegen hat sie dem zweiten Teil des konservativen Antrags, der eine Einschränkung des Rederechts bezweckt, ihre Zustimmung verweigert. Das ist sehr zu bedauern. Alle Parteien, die eine sachliche und geschäftsmäßige Erledigung der Arbeiten des Abgeordnetenhauses wünschen, sollten bei der erneuten Beratung über die Geschäftsordnung mit Entschiedenheit für eine Beschränkung der Redefreit eintreten. Sie dienen damit nicht allein dem Interesse des Anlandes, sondern fördern auch das Ansehen unserer Parlamente, das seit der Gründung des Deutschen Reiches ohnedies schon eine erhebliche Einbuße erlitten hat, und zwar in den Kreisen, die zu den besten des Volkes zählen!

Deutsches Reich.

* Kaiser Wilhelm in Wien. Seine Majestät der Kaiser empfing nach dem Besuche am Sonnabend den Minister des Auswärtigen, Grafen Werthold, in Audienz.

Nach der etwa einständigen Audienz fuhr Kaiser Wilhelm in die Stadt und besuchte gegen 1/2 Uhr die Gemächnisse des deutschen Botschafters, im Palais der Botschaft, wo sämtliche Herren der Botschaft mit ihren Damen versammelt waren. Der Kaiser wurde vom Botschaftsleiter, dessen Tochter und den Damen der Botschaft empfangen. Unter deren Leitung trat Prinzessin Viktoria Luise zum Besuche der Frau Zigejtschik im Palais ein. Die Herrschaften nahmen den Tee ein und unterhielten sich etwa eine Stunde mit den Anwesenden. Dann wurde die Hofkapelle nach Schönbrunn angetreten. Im Laufe des Nachmittags ließ Kaiser Wilhelm in der Stabskammer mit den Ärzten der Kaiserin Elisabeth und des Kronprinzen Rudolf Kranz niederlegen.

Kaiser Franz Josef verließ der Prinzessin Auguste Wilhelm das Großkreuz des Elisenordens.

* Zur Entwicklung von Kautschuk. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ veröffentlichte Mitteilungen des Reichsministeriums über die Entwicklung des deutschen Schutzgebietes Kautschuk vom Oktober 1910 bis Oktober 1911. Danach zeigt die wirtschaftliche Entwicklung wieder einen erheblichen Aufschwung, trotz der ökonomischen Krisen von 1910, des Ausbruchs der Welt in Vorderindien und der politischen Umwälzung. Der Wert der Kautschukniederschneider Waren ausschließlich der polierten Materialien für Reifenbau- und Verbauarbeiten betrug im Vorjahre rund 52 Millionen Mark. Die Einfuhr einzelner Waren betrug 17 Millionen, die Ausfuhr 65 Millionen Mark (im Vorjahre 10 Millionen). Der Gesamtwert des Handels stieg nun auf rund 8 Prozent. Die Einfuhr deutscher Waren, die zum ersten Male gefördert in der Statistik erfasst wird, betrug 19 Millionen Mark. Die eigenen Einnahmen des Schutzgebietes stiegen von 4,2 auf 5,3 Millionen Mark. Die Deutsch-indonesische Seeflotte hatte im Frühjahr 1911 176 und im Herbst 1911 212 Schiffe.

* Das Reichsversicherungsamt weist Vorwürfe zurück. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet: In der Tagung des auf Grund der Reichsversicherungsordnung gebildeten großen Senats am Sonnabend wies vor Eröffnung der Tagesordnung der Präsident Dr. Kaufmann darauf hin, daß am 21. März dieses Jahres von einem Mitglied der bürgerlichen Parteien über die Reduplizierung des Reichsversicherungsamtes geäußert worden sei: Das Reichsversicherungsamt scheint in seiner Rechtsprechung gewissen Unternehmerrücksichten sein Ohr zu leihen. Gegen diesen schweren Vorwurf der Parteilichkeit müsse er nachdrücklich Widerspruch erheben.

* Bundesratsvorschriften zum Reichsgesetz über die Befreiigung von Tierkadavern. Man schreibt uns: Das vom letzten Reichstag verabschiedete Gesetz über die Befreiigung von Tierkadavern ist bisher noch nicht in Kraft getreten, weil seine Geltung gleichzeitig mit dem neuen Viehsteuergesetz beginnen sollte. Da das Viehsteuergesetz nunmehr endgültig am 1. Mai in Kraft treten wird, wird dieser Termin auch für die Geltung des Tierkadavergesetzes festgelegt werden. In dem Gesetz ist vorgesehen, daß der Bundesrat zu bestimmen hat, inwieweit und in welcher Weise eine Genehmigung von Kadavern zuzulässig ist. Hierüber werden nun schon in nächster Zeit Ausführungsbestimmungen des Bundesrats erlassen werden. Das Gesetz sieht weiter vor, daß die Landesregierungen Vorschriften über die Art der unbedingten Befreiigung erlassen und den Kreis der Tiere, auf welche diese Bestimmungen des Reichsgesetzes beziehen, noch erweitern können. Ebenso bleibt es den Landesregierungen überlassen, das Abbederemittel einschließlich des Betriebes für Anlagen zur gewerbsmäßigen Befreiigung oder Verarbeitung von Kadavern in Abmehnung von der Gewerbeordnung zu regeln. Aus diesem Grunde müssen auch die Bundesregierungen ihrerseits noch Ausführungsbestimmungen zu dem Gesetz erlassen. Mit Rücksicht auf den nahen Termin des Inkrafttretens des Gesetzes läßt sich annehmen, daß die Ausführungsbestimmungen schon in aller nächster Zeit erlassen werden.

* Die Einnahmen der Eisenbahn. In den ersten elf Monaten des laufenden Rechnungsjahres haben die Einnahmen der preussischen Eisenbahngesellschaft 2110,3 Millionen Mark oder 149,5 Millionen Mark mehr als im gleichen Zeitraum des Vorjahres betragen. Von diesen Einnahmen kommen 58,1 Millionen Mark oder 29,7 Millionen Mark mehr auf den Personen- und Gepäckverkehr, 1406,5 Millionen Mark oder 118,3 Millionen Mark mehr auf den Güterverkehr, und 114,7 Millionen Mark oder 1,5 Millionen Mark mehr auf andere Quellen. Gegenüber dem esmonatigen Gesamtergebnis weist die tatsächliche Einnahme ein Mehr von 105 Millionen Mark auf. Der Monat Februar hat einen Ertrag von 176,4 Millionen Mark abgenommen, wovon auf den Personen- und Gepäckverkehr 39,5 Millionen Mark, auf den Güterverkehr 127,2 Millionen Mark, und auf andere Quellen 9,7 Millionen Mark entfielen.

* Wegener — von Sogel. Herr Rechtsanwalt Staebel in Darmstadt schreibt uns: Einige Zeitungen bringen die Nachricht, daß die Staatsanwaltschaft beim hiesigen Landgericht beantragt hat, das seit mehr als Jahresfrist gegen Gebrauchs von Sogel in Minden wegen Beleidigung des Ges. Postat

Prof. Dr. Wagner in Darmstadt schwebende Verfahren einzuleiten und Sogel außer Verfolgung zu setzen. Diese Nachricht ist richtig. Ich nehme jedoch als Reichsanwalt Wegeners Beantragung, darauf hinzuwirken, daß die Einstellung nicht beantragt wird, weil Sogel eben der Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen erbracht hätte, sondern weil ihm für je 190, Wahrung berechtigter Interessen, zuzustehen kommt.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Sitzung vom 23. März.

Am Ministertisch: von Trost zu Sogel.
Präsident Reich. v. Gerka eröffnet die Sitzung 10 Uhr 15 Min. Zunächst wird der Antrag Schiffer (natl.) zur Annahme eines Gesetzesentwurfs betreffend die Deklaration und Ergänzung des Lehrerbefreiungsgesetzes an die Interdisziplinärkommission demission. Es folgt die Weiterberatung des Schulgesetzes bei dem Kapitel „Elementarunterrichtswesen“.

Es liegt vor ein Antrag v. Campe (natl.) auf Befreiigung der überfüllten Klassen. Ein Antrag Hoff (Sp.) will den Antrag v. Campe dahin ergänzen, daß auch die Halbtagsklassen befreit werden. Ein Antrag Goh (Zent.) will die Befreiigung, wonach Volksschullehrer zur Ausübung der Jagd der Genehmigung der vorgesetzten Dienstbehörde bedürfen, aufheben.

Abg. v. Campe (natl.): Auch die halbe Million Volksschullehrer werden noch in Halbtagsklassen unterrichtet. Zahlreiche Klassen haben eine Besetzung von über hundert Kindern. Solche Zustände können auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden.

Ein Regierungskommissar erklärt: Allgemeine Bestimmungen, wonach das Recht an der Ausübung der Jagd gehindert wird, bestehen nicht. Es wird nur bei den Bescheiden der Lehrer um Erteilung des Jagdscheins geprüft, ob ihre Personverhältnisse zur Gewährung des Jagdscheins angehen.

Abg. Goh (Zent.) bittet um Erhöhung der staatlichen Zuschüsse an die Gemeinden zum Zwecke der Gewährung höherer Ortszulagen. Nachdem sich Abg. Clairon v. Spaunville gegen den Zentrumsantrag ausgesprochen, wird dieser zurückgezogen.

Abg. Borchardt (Soz.) weist auf die hohen Schulden der Gemeinden hin. Der Mehrer wird während seiner Ausfühungen gezwungen zur Sache zu gehen. Als er erwidert, er sei bei der Sache, und lasse sich nur mit Gewalt das Wort entziehen, wird er zur Ordnung gerufen. Nach einem nochmaligen Auf zur Sache beschließt das Haus mit den Stimmen der Rechten und des Zentrums, dem Abgeordneten Borchardt das Wort zu entziehen. Der Mehrer verläßt die Tribüne.

Der Antrag Hoff wird abgelehnt, der Antrag v. Campe der Budgetkommission überwiesen.

Abg. Schmidt (Ztr.) tritt für Befreiigung der Mittelschullehrer ein.

Abg. Marx (Ztr.): Die katholischen Volksschulen müssen mehr Zuschüsse erhalten. Es ist zu beklagen, daß in Städten, wie a. B. in Wilmow, wo die katholischen Schüler in der Mehrheit sind, nicht katholische, sondern Simultanklassen errichtet werden.

Der Antrag Goh (Ztr.) betreffend Erhöhung der Entschädigung der Volksschullehrer für die Teilnahme an den Kreisversammlungen wird an die Budgetkommission überwiesen.

Abg. Stante (Ztr.) und Abg. Galtz (Ztr.) beklagen die Unterdrückung der polnischen Sprache in Oberhessen.

Abg. v. Campe (natl.) begründet seinen Antrag, Eingangsstellen zu treffen, durch die Volksschullehrern eine bessere Möglichkeit zu wissenschaftlicher Fortbildung auf den Universitäten gegeben wird.

Autarkieartikel von Trost zu Sogel: Auf Grund eingehender Prüfungen ist die Unterrichtsverwaltung in der Frage der Weiterbildung der Lehrer zu der Errichtung von Kursen in den Universitäten gekommen. Solche Kurse bestehen in Berlin und Posen, und sind bereits in ein solches Kurium in Aussicht genommen. Wir sind bemüht, die Seminare immer besser und leistungsfähiger zu gestalten. Neue Einrichtungen für Lehrer an den Universitäten sind nunmehr in Aussicht genommen, indem eine Zeitlang auf dem eingeschlagenen Wege weiterarbeiten. Voraussetzung für die Teilnahme an den Kursen ist die Ablegung des Mittelschullehrerexamens.

Abg. Dietrich (Ztr.): Mit den Ausführungen des Ministers sind wir völlig einverstanden. Gegen den Antrag v. Campe haben wir erhebliche Bedenken.

Abg. Graf Clairon v. Spaunville (natl.): Wir bezweifeln, daß die Ausführung des Antrags für die Allgemeinheit von großem Nutzen sein wird. Wir sind aber bereit, an der weiteren Prüfung der Angelegenheit in der Kommission mitzuwirken.

Abg. Dr. Schrey (Sp.) begründet den Antrag Kronloh, wonach den Volksschullehrern der Zutritt zum akademischen Studium in ähnlicher Weise gestattet wird wie in Sachsen, Hessen, Oldenburg, Württemberg und Baden.

Die Anträge v. Campe und Kronloh werden der Interdisziplinärkommission überwiesen.

Abg. v. Gohler (natl.): Wir wünschen, daß dem Verein für landliche Volkshilfe eine größere Summe zur Verfügung gestellt wird. Insbesondere sollten die Verbrennungen der Landpflege schwerer gefördert werden. Dem Kampf gegen die Sozialdemokratie nehmen wir auf mit allen dem Staate und der bürgerlichen Gesellschaft zu Gebote stehenden Mitteln. Wir sind überzeugt, daß die in erster Linie zur Jugendpflege berufenen Lehrer mit wenigen Ausnahmen fortgesetzt sind. Ich bitte um Annahme meines Antrages auf Förderung der Pflege der schulpflichtigen weiblichen Jugend.

Abg. v. Karborff (freisinnl.): Wir wünschen, daß die Jugendpflege mit der Fortbildungsschule in organischer Zusammenhang gebracht wird. Die Verbrennungen des Vereins „Jugenddeutschland“ wollen wir gern unterstützen. Wir hoffen, daß die Jugendpflege unter jungen Leute wieder dazu bringt, daß die großen nationalen Fragen bei ihnen in den Vordergrund gerückt werden.

Abg. Klever (Ztr.): Wir ermahnen die Mitwirkung der Geistlichkeit bei der Jugendpflege dankbar an und erwarten als Folge dieser Verbrennung das Serenieren eines an Leib und Seele gebundenen Geistes. Vereine, die nicht auf dem Boden des Christentums und des Vaterlandes stehen, dürfen keine staatliche Unterstützung erhalten.

Darauf wird die Weiterberatung auf Dienstag 11 Uhr vertagt.

Schluss 1/2 Uhr.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 23. März.

Am Bundesratsstisch: Delbrück, Sitzung am 11 Uhr 20 Min. Präsident Kaiser eröffnet die Sitzung am 11 Uhr 20 Min. Staatssekretär Müller: Ich habe zum ersten Male in meiner gegenwärtigen Stellung die Ehre, ein Mitglied zu vertreten. Eines auszusprechen ist mir sehr bedauerlich: Es bedauert niemand leichter als ich den Abgang des Mannes, der vor mir an dieser Stelle gestanden hat, und der die allgemeinen Richtlinien für die Finanzpolitik des Reiches für alle Zukunft in maßvoller Weise festlegte (Reichsfinanzgesetz vom 1. April 1909). Das vorliegende Gesetz ist rein formal Natur. Daß in diesem Jahre der Etat nicht rechtzeitig fertiggestellt werden konnte, liegt zum Teil an dem späten Termin der Wahlen. Und vielleicht ist es auch gut, daß wir über den neuen Etat erst verhandeln, wenn wir die Ergebnisse von 1911 übersehen können.

Abg. Steffensen (natl.): Wir können der Vorlage trotz unserer Bedenken gegen § 1 a und verwandten uns dagegen, doch aus unterer heutigen Zustimmung Konsequenzen für die Zukunft gezogen werden.

Abg. Hübner (fortsch. Sp.): Wir haben ähnliche Bedenken und beantragen Überweisung der Vorlage an die Budgetkommission.

Abg. Wolfenbühl (Soz.): Ich schließe mich den Bedenken an.

Die Vorlage geht darauf an die Budgetkommission. Es folgt die erste Lesung des Protokolls zur Prüfung der Budgetkommission. Der Bericht vom 1902 war für uns ein Sprung ins Dunkle. Trotzdem hat der Senat sich entschieden angenommen. Nun haben wir aufgrund weiterer Vorleser einzuräumen müssen, und es lenne die Zeit kommen, wo die Konvention durch beratige Begründungen für Ausland für uns jeden Wert verliert. (Sehr richtig!) Jetzt ist aber dieser Zeitpunkt noch nicht gekommen. Wir wollten Ausland keine Schwierigkeiten machen, sondern nur unsere berechtigten Interessen wahren. Wir haben schwere Opfer gebracht, aber die Konvention ist diese Opfer wert. Jedemfalls ist der russische Wettbewerb an eine bestimmte Grenze gestellt, wir haben unsere Zurechnung die Euphoriepolitik geändert und den inländischen Konsum auf weitere fünf Jahre vor höheren Zurechnungen gestellt.

Abg. Schwabach (natl.) verliest eine Protestresolution der Preussischen Zurechnung.

Abg. Schwerin-Kömis (natl.): Es fragt sich für uns, ob ein vertraglicher Zustand den jetzigen Bedingungen vorzuziehen sei. Es ist anzunehmen, daß wir noch weitere Vorteile zu realisieren haben. Da die Regierung aber aus nationalen Erwägungen in gewissen Punkten nachgegeben hat, so wird ein Teil meiner Freunde mit mir gegen die Konvention stimmen.

Abg. Bernke (Soz.): Wir können der Konvention unsere Zustimmung nicht versagen, wenn wir auch schwere Bedenken dagegen haben. Dringend nötig ist die Herabsetzung des Zurechnungs. Ich bitte um Zustimmung. Wir werden die Konvention gegen die Beratung der Zurechnung erfüllt wird. Ein Teil meiner Freunde und ich werden für die Konvention stimmen, ein anderer Teil dagegen.

Schlußfolgerung: Eine Umgehung der Konvention seitens Bundesrats werden wie verfassungswidrig angesehen.

Abg. Zornmann (fortsch. Soz.): Wir stimmen der Konvention ohne Ausnahme zu. Der Reichstag ist besonders gut, daß diesen wir ihn einem vertraglichen Zustand haben.

Abg. Dr. Arnold (Sp.): Das ist die Konvention aus keinem Grunde geschildert worden. Allerdings wird sie mir als notwendiges Übel angesehen. Bei mehr Mäßigkeit hätten wir von dem Ausland sicherlich mehr erreicht. Vielleicht ist ein besseres Abkommen noch möglich, deshalb lehnen wir den Vertrag ab.

Abg. Spahn (Ztr.): Wir sind überzeugt, daß wir zu einem besseren Vertrag nicht kommen werden. Deshalb stimmen wir dem Abkommen zu. Auch Kommissionenberatung halten wir nicht für nötig. Die Reichsregierung wird nicht gefällig werden.

Abg. v. Wehling (Soz.): Im Interesse unserer fähigsten Arbeiter haben wir die Konvention. Aufgrund vergrößert seine Ausnahmefähigkeit und zwar namentlich dadurch, daß es ein vertriebes Prämienkupon schließt. Die Regierung muß sich Mühe geben, die Zurechnung zu vermindern.

Abg. Schwerin-Kömis: Wenn gemeint wurde, wir Konventionen würden uns einer Herabsetzung der Zurechnung aufheben, so beruht das auf einer Unkenntnis der Sachlage. Auf meinen Antrag bin bei der Reichstag zeitig beschlossene, die Abgabe von 14 auf 10 Pf. herabzusetzen.

Abg. Klens (natl.): Kennen einer Unwissenheit der national-liberalen Partei muß ich mich ganz entschieden gegen die Konvention aussprechen. In ganz Mitteldeutschland würde man die Ablehnung derselben mit Freuden begrüßen.

Abg. Wurm (Soz.): Tatsächlich wird jetzt anerkannt, daß der Zurechnung ein Vorkaufsrecht zuzulassen ist, dessen Konsum durch billige Preise gefördert werden muß.

Abg. Sogel-Sall (natl.): Wir bedauern die Bevorzugung Auslands und bitten den aussehenden Kampf zugunsten unserer heimischen Industrie vorgezogen.

Abg. Koch (Sp.): Nach längeren Erwägungen bin ich, obwohl ich ein großer Wüstenbauer, dazu gekommen, der Konvention zuzustimmen.

Bei der nun erfolgten Abstimmung über § 2 wurde dieser gegen die Stimmen der Reichsboten, der wirtsch. Vereinigung und eines Teiles der Konventionen sowie einiger Nationalliberalen angenommen.

Die übrigen Paragraphen werden daraufhin für angenommen erklärt und sodann die ganze Vorlage auch in zweiter Lesung angenommen.

Die Beratung des Etats des Reichsamts des Innern wird darauf beim Kapitel „Förderung von Kleinwohnungen“ fortgesetzt.

Abg. Jaeger (Ztr.): Der Kampf gegen die Mietskajernen muß mit Energie geführt werden. Für das Kleinwohnungsweesen ein großes Mittel verfügbar gemacht werden. Der Erlass eines Reichswohnungsengesetzes ist notwendig.

Staatssekretär Delbrück: Das Bundesgesetz des Reichswohnungsamtes vom Mai 1910 ist zum Gegenstande einer abfälligen Kritik gemacht worden. Es muß in erster Linie daran gefestigt werden, die Zinsentlastung dazu zu verwenden, daß die von den Verleihen zu fordernde Rente gedeckt wird. Lediglich auf die Rückstellung für das Reichswohnungsamts verpflichtet, auf vorläufige Verwaltung der Kapitalien zu dringen.

Alleinvertreter:



Das **Pianola** : Klavierspiel-Apparat : für künstlerischen Vortrag. **P. Nöll**, Gr. Ulrichstr. 33/34. Man verlange Prospekte.

Höherflüsse hätten fallen bei Erhöhung des Zinsfußes ab. ...

Hö. Stöckig (natli): Alle Quellen, die zu diesem wichtigen ...

Hö. Aueil (Sag): Die Regelung der Postunterbeamten ...

Hö. Stöckig (natli): Alle Quellen, die zu diesem wichtigen ...

Ausland.

Der italienisch-türkische Krieg.

Höher sind in den Darbanelen zwei Reichen vor je ...

Bereitschaft Staaten von Amerika. Staatssekretär ...

Zur Bergarbeiterbewegung.

Auf dem Hildbrandt-Gebiet der Gottessegn-Grube ...

Auf den Bergwerksstätten der Berginspektion ...

Freitag nachmittag ist ein Abgang der Streikbewegung ...

Die Neue Freie Presse und Reben meldet, daß die ...

Der Bergarbeiterverband hat beschlossen, am Montag ...

Letzte Telegramme.

Gesellschaft für elektrische Unternehmungen. Berlin, 23. März.

Ein deutsches Symphoniehaus.

Stuttgart, 23. März. In einer unter dem Vorsitz des ...

Bank für Handel u. Industrie (Darmstädter Bank)

Reichsflugzeugamt. Berlin, 23. März. In der Sonntagsausgabe ...

Paris, 23. März. Der Kassationshof hat die von ...

Colonovala, 23. März. Von den beiden Arbeitern, die ...

Börjen- und Handelsteil.

Wochenbericht über den Kalliverte. Die Mittelwerte ...

Generalfahrt Burbach. Die 10-Millionen-Anleihe ...

Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte, Futtermittel. Berlin, 23. März.

Wollmarkt. (Wollmarkt-Votenungen) Berlin, 23. März.

Wasserstände von Saale und Unstrut. (Siehe auch die Wasserstandsberichte ...)

Leere Kisten billig zu verkaufen. (1587)

10 Pianinos gebraucht, sehr zu erhalten. ...

Bekanntmachung. Unter Hinweis auf unsere Bekanntmachung vom 17. Februar ...

Gothaer Lebensversicherungsbank auf Gegenseitigkeit. Versicherungsbetrag: Eine Milliarde 100 Millionen Mark.

Aus dem Einschlage. (also im Preise zurück) bieten noch Apfelbäume, Birnenbäume, Formobäume.

Ausführung. Die Neuherstellung der Pfostenarbeiten ...

Söhne angesehen. Eltern, die Gartenbau u. Gartenkunst erlernen ...

Mittwoch u. Donnerstag unwiderruflich. Ziehung! Säuglingsheim Geld-Lotterie.

3667 Gewinne. 100000 M., 50000 M., 10000 M.

Rich. Meyer, ob. Leipziger Str. 46. Bitte sofort zu bestellen.

Einige Benner Eparsetzefamen hat abzugeben. Richard Weber, Gilmich bei Weitz.

Saat- und Speisekartoffeln. 3000 Str. Prof. Alexander Holtmann.

Zwei belg. Arbeitspferde aus Belgien zu verkaufen. Aktien-Z. Ertzfa. (1523)

Saalkartoffeln. früheste, Juli, a. Str. 5,50 trocken ...

Leere Kisten. Gr. U. R. Steinbrunn. Ede. Ectolander-Spezial-Geschäft.

10 Pianinos. gebraucht, sehr zu erhalten. B. Doll, Gr. Ulrichstr. 39/41.

Blüthner-Flügel. Perzina-Flügel 1060M. H. Lüders, 9/10. Betonen-Angebote. Vermietungen. Hypothek.

Beleuchtungskörper
für Elektrisch, Gas, Spiritus, Petroleum
jeder Art und Preislage.

Installationen von neuen
Beleuchtungsanlagen.
Aufarbeitung und Modernisierung von
Beleuchtungsanlagen.

Umzüge usw. in möglichen Breiten.
Behörden Sie mein zuverlässiges Mitarbeiter oder
verlangen Sie Vertreterbrief. (1549)

Ed. Eder, Halle a. S., Spiegelstr. 12.
Telefon 164.
Nehmen Sie bitte auf Firma und zuerst Schauensteiner.

Harmoniums
::: die weltberühmte Marke :::
Flannborg
von Mark 100 bis Mark 2000 in grosser Auswahl
allein bei
C. Rich. Ritter, Halle a. Saale
Grossh. Sächs. Hoflieferant

Zentralheizungen,
Gewächshausheizungen,
Badeanlagen,
Wasserversorgungen,
Hochdruckdampfmaschinen,
Landwirtschaftliche
Spiritus-Brennerei-Apparate.

Fr. Noll,
Halle a. S., Osendörferstr. 6.
Fernsprecher 899. — Geogr. 1889.
— Pa. Referenzen. Projekte und Preisangebote kostenlos. —

Oberrealschule zu Bitterfeld.
Aufnahmeprüfung: 30. März, 9 Uhr; Anmeldeung jederseits.
Auskunft erteilt bereitwilligst
Direktor Franke.

Chausseur-Kurse
Vorsteher: M. Schachschabel,
vom Königl. Regier. Präsid. zur
Ausbildung von Kraftfahrzeugführern
ermächtigt. — Prospekte unsonst a. frei.

Automobilwerke
Max Schachschabel & Co. GmbH
HALLE a. S., Liebenauerstr. 70
Grösste Auto-Werkstätten u. Garage.

Realschule Miltenberg a. M.
(Schülerheim) mit Handelsabteilung.
Ereilt Einjährigereignis.
Uebergangsklassen für Gymn.-Schularzt.

Kyffhäuser-Schule
Rossla a. Harz. Höhere Reformschule für Erziehung und Unterricht.
Ziel: Einjährig-Freiwilr.-Examen. Prospekt durch den Direktor Dr. Ostrowski.

Elker Marienquelle

Jahns Handelsabteilung
mit Warenlager-Vertrieb.
Kingsenstraße 11a.
Gründungszeit
Geogr. 1897.

Handelsrealschule und Realschule.
Sichere kaufmänn. und wissenschaftliche
Ausbildung (auch beide getrennt) zur
Erlangung des „Einjährigen“.
Glänzende Erfolge durch einjährige
Methode. Aufnahmealter bis 21 Jahre.
Bräutigam Neubau 1911. Erfolgreiche Ge-
birgsreise. Ia. Referenz. Pensionat. Prof.

Wald-Pädagogium Realschule
Gymnasium Bad Berka i. Th.
Realschule
Realschule
Realschule

Erziehungsschule (Gedächtnis-System) Grund. Unterricht, primär. Erziehung,
schonende Körperpflege, Landbau, Spiel, Sport, 8 ha Wald u. Feld, Garten,
Bau, Werkstatt, Stabrothe Hörsaal. Für zarte Kinder ärztliche Aufsicht.

Alkalischer Sauerling. Vorzügliches Getränk
bei Influenza, Katarrhen der oberen Luft-
wege und Magenstörungen. (1575)
General-Depot für Halle: Helmbold & Co., Mineral-
wassergründung. Zu haben in allen Apotheken und Drogerien.

Des deutschen Hauses
schöner Schmuck sind handgewebte, edelige Heinenen,
Salbeinen, Handtücher, Bettzeug, Taschentücher,
Schürzenstoffe, Scherwaden usw., die man nicht vielen
anderen Webwaren am besten und preiswürdigsten bezieht vom
Weberei-Unternehmen W. Thiel & Sohn,
Büchsenfabrik im Calenge (Schleien).
Wäschereiergung! Brautausstattungen!
Preisbuch und Musterkarten unentgeltlich. Proben postfrei.

Sür die Inserate verantwortlich: Paul Persten, Halle a. S. Telefon 169.

Wir bringen **M. 10000000.— 5%** an erster Stelle
hypothekearisch sichergestellt, mit 103% rückzahlbare Anleihe der
Gewerkschaft Burbach

In Abschnitten von

200 Stück zu M. 5000.—
400 " " " 3000.—
1100 " " " 2000.—
4400 " " " 1000.—
2400 " " " 500.—

mit Januar-Juli-Zinstermine in den Verkehr und nehmen Voranmeldungen schon
jetzt zum Kurse von

100,50% franko Provision
entgegen. — Die Zulassung der Anleihe zum Handel und zur Notiz in Halle a. S.
wird beantragt werden.
H. F. Lehmann. Mitteldeutsche Privat-Bank
50291
Aktien-Gesellschaft, Filiale Halle a. S.

Radium-Inhalatorium
der Allgemeinen Radium-Aktien-Gesellschaft, Berlin
Halle a. S., Leipziger Strasse 59 II. (1177)

Sprechstunden tägl. ausser Sonntags von 10-12 und ausserdem am Montag, Mittwoch und
Freitag von 4-6.

Inhalations-sitzungen von jetzt ab zweimal tägl. und zwar von 10-12 und von 2-4.
Radium-Sauerstoff-Inhalationen gegen Gicht, Rheumatismus, Nervenleiden, Neuralgien,
spez. Icthis, Migräne, Katarrhe der Atmungsorgane, Unterleibsleiden der Frauen,
überhaupt gegen Entzündungen und Eiterungen.
Nähere Auskunft wolle man sich vom dirigierenden Arzt einholen.

Nahtlose Reithosen,
Eis und Schenkel verfertigt.
Gust. Liebermann, Straße 30.

Stadttheater in Halle a. S.
Montag, den 25. März 1912
191. Vorst. im Abm. 3. Viertel.
Zum letzten Male:
Die fünf Frankfurter.
Luftspiel in 3 Akten v. Karl Ritter.
Spielleitung: Walter Sieg.
Personen:

Die alte Frau Gudula G. Schloffer.
Anniem G. Thies.
Nathan B. Verburg.
Salomon ihre Walter Sieg.
Karl Söhne G. Rudolph.
Jacob W. Braune.
Charlotte, Salomons
Tochter . . . 3. Zimmermann
Gulian, Herzog von
Lanauß M. Büttgen
Prinzessin Gueline M. Schlonka
Fürst von Klausthal
Albordo . . . H. Friedrich.
Die Fürstin . . . W. Widen.
Graf Schenkerberg.
Gottfried M. Schloffer
Frau von St. Georges Käst. Salina.
Baron Seuberg . . . H. Nicolai.
Der Domherr . . . Ernst Stahl.
Rabbinerstr. Diefel. Otto Rätz.
Dr. Kammerdiener
des Herzogs . . . Max Sime.
Sofjowweiter Boel . . . Paul Jungf.
Hofa im Hause der H. Brandow
Stiehm. Frau Gudula Marg. Wolf.

Die schöne Galathea.
Operette in 1 Akt von Fr. v. Suppé.
Spielleitung: Carl Stablers.
Musikalische Leitung: W. Niede.
Personen:
Bogdan, Wits
Bauer . . . W. H. Kasper.
Gumpel, sein Diener H. Baumann
Mada, Annamägen A. Schloffer.
Galathea, eine Sirene Alice. W. R.
Aufendöffnung 7 Uhr. Vorst. 7 1/2 Uhr.
Ende 10 1/2 Uhr. [5201]

Freitag, den 26. März 1912
192. Vorst. im Abm. 4. Viertel.
Waldhede, Götterfest des Stammes
fängert **Wilhelm Herold**
vom Ngl. Theater in Hohenhausen.
Tierland.

Im Weinhaus Brostomski
reichhaltige Auswahl
ausländischer Delikatessen
à Portion 50, 60, 75, 85 u. 100 Pf.

Passage-Theater,
Lichtspielhaus,
— Halle, Leipzigerstr. 88. —
Programm-Wechsel
jeden Mittwoch und Sonnabend.
Beginn der Vorstellungen:
Wochentags präzis 4 Uhr.
Sonn- u. Feiertags " 3 "

Halbheer's Weinstube,
Gr. Ulrichstr. 10 Hof links.
Orig.-Weine erster Firmen.

Lugano - Ruvigliana.
Kurhaus und Pension
Monte Brè.
Deutsche Anstalt. 90 Betten.
Das ganze Jahr beheizt. Verzt.
Leiter **Dr. med. Oswald.**
Zit. Prospekte frei Direktor
Max Pfening. [371]

Damen-Kopfwäsche
Frisieren :: Ondulieren
Schönheitspflege.

Spezial-Damen-Frisier-Salon I. Ranges
Leipzigerstr. 79, I. Et. Tel. 3129.

Zopf-Siebert, Haar-Manufaktur.

Zum Umzug
empfehle
Beleuchtungskörper aller Art
zu herabgesetzten Preisen,
Gasocher, Gasplatten
in reichhaltiger Auswahl.
Spezialgeschäft [5281]

Gustav Brose,
Leipzigerstr. 96 :: Delitzscherstr. 75.
Ummontieren vorhandener Beleuchtungskörper prompt u. billigst.

SANATORIUM MARIENBAD bei GOSLAR AM HARZ
Phys. Diät. Kuranstalt. Herzog, Herz. Städteweselerstr. 1. Bismarck, Erholungs-
stättchen. Bild. Göttervilla. Bild. Göttervilla u. Kurmittel. Götterstr. Das ganze Jahr
geöffnet. Prospekt d. d. Verwaltung. Ed. 50 Pf. Arzt. Dr. Samiitsch-Dr. E. Bente

Bansin
auf der Insel Seesdon
Eisenbahnstation

Schönstes aller Ostseebäder
direkt am Strand u. herrl. Wald.
Ungezogenes, Edelobst, kein Poi-
lettenluxus, dabei beste Gesellschaft.
Breiter, steinfreier Strand ohne Tang.
Mässige Preise, niedrig Kurtaxe.
Prospekte frei durch die Badeleitung.

Berghotel u. Pensionshaus Pfaffenberg
Bad Sachsa (Südharz), Fernspr. 37.
Häuser ersten Ranges, modern eingerichtet, auf erhöhter Wald-
parzelle, 380 m u. d. M., inmitten herrlicher Laub- und Nadel-
wälder, beliebter Luftkurort, da balsamische Höhenluft.
Beste Referenzen von langjährigen Besuchern. Mässige Preise.
Prospekte frei. Besitzer **Erich Bartels.**

Dr. Möller's Diätet. Kuren
Sanatorium nach Schrom
Dresden-Loschwitz
Anteilung für Minderbemittelte pro Tag 5 Mark

Herrliche Lage
Wirks. Heilwert.
I. chron. Krankh.
Prosop. u. Brosch. frei

Atelier für künstl. Zähne,
Plomben, Behandlung kranker Zähne.
Franz Hirschkorn, Leipzigerstr.
Sprechstunden von 8-12 und 2-6 Uhr.
Sonntags 9-12 Uhr. [5911]

Waldsanatorium
Bad Gruna
400 m. i. d. M.
Dr. Meyer.
Prospekte frei

Urin-Untersuchung,
chemisch u. mikroskop., sowie
Prüfung von Harnstein
auf Infarctbasillen
fertig gewöhnlich und billig
Dr. H. C. Krüger,
Bismarckstr. 24. Götterstr. 24.

Jägerhof,
obere Leipziger Straße 61.
Gast- und Logierhaus.

Erg. Sacha.
Technikum
Mittweida
Direktor: Professor Holst.
Höhere technische Lehranstalt
für Elektro- u. Maschinenlehre,
Sonderabteilungen für Ingenieur-,
Techniker u. Werkmeister,
Elektro- u. Masch.-Laboratorien,
Lehrstuhl-Veranstaltungen,
Ss. Schull. 8510 Besuche.
Programm etc. kostenlos
Programme, Sekretariat.

Städtisches
Friedrichs-Physikum
Löffler-Anhalt

Wollwäsch-Seife,
Stück 20 Pf., unentbehrlich zum
Waschen von Wollstoffen, Sport-
mägen, Sweater, woll. Unterwe-
sen, etc. Erhältlich unter
H. Schnee Neff, Gr. Steinstr. 81.

Greizer und Gerner
Kleiderstoff-Reste
empfehl. bill. **Frau A. Zimmer,**
Schwefelstr. 28. [1518]
Mitglied des Rabatt-Sparvereins.

Gelegenheits-Gedichte
Begleitworte zu Geschenken,
Prologe, Tafelreden (erst
u. humoristisch) für Vereine,
Hochzeiten, Jubiläen,
lustspielartige Aufführungen
für mehrere Personen.
Billige Preise! Beste Empfehlungen!
Frau Agnes Riess,
früher Halle a. S., Hirtenstrasse 14,
jetzt Berlin-Wilmersdorf,
Holsteinschtrasse 51 II.

Alle Artikel-Krankheitslage

C. Klappenbach
41 Gr. Ulrichstr. 41

Verlobungsringe.
Antwiler **Tittel,**
Schmerzstraße 12, Ecke Zapfenstr.
[5283]

Familien-Nachrichten

Heute wurde uns ein
kräftiger Junge geboren.
Gustav Brömme u. Frau
Käthe geb. Schollhn.
Nehitz, 22. März 1912.

Uns hiesigen Wäitern.
G e b o r e n:
Herr Schmelzer-Auflieger 2. A.
Albert Müller.

Frau Friede rife Donath geb.
Schub, 41 Jahre, in Brachfeld.
Beerdigung Sonntag 3 Uhr.
Herr Otto Omschke, 20 J.
Beerdigung Montag nachm. 5 Uhr
von der Leichenhalle des Friedhofes.

Frau Margarete Kiefer geb.
Schroder 28 Jahre, Beerdigung
Dienstags nachm. 3 Uhr auf dem
Friedhofe.

Heute nacht verstarb nach langem schweren Leiden
meine liebe Frau, unsere gute, treusorgende Mutter,
Schwester und Schwägerin.
Anna Walther geb. Schulze.
In tiefstem Schmerz
Ernst Walther und Familie.
Bageritz, den 22. März 1912.
Die Beerdigung findet Dienstag, den 23. März 1912,
nachmittags 1/3 Uhr vom Trauerhause aus statt.

Mit 2 Beilagen.

